



F R A K T I O N I M R A T D E R S T A D T H I L D E N

Haushaltsrede der Fraktionsvorsitzenden der ALLIANZ für Hilden,

Angelika Urban zum Haushaltsplan 2015

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Rates!

Zunächst geht mein ausdrücklicher Dank an unseren Kämmerer, Herrn Klausgrete. In all den zurückliegenden Jahren, in denen ich bei der Haushaltsrede anwesend war, hat ein Kämmerer noch nie so eindeutig Stellung zur Lage der städtischen Finanzen genommen. Der Kämmerer hat in seiner Haushaltseinbringung am 17.12.2014 keinen Zweifel mehr daran gelassen, dass es für unseren zu verabschiedenden Haushalt „fünf vor zwölf“ ist.

In ungewohnter Deutlichkeit hat er uns schonungslos vermittelt, dass der Haushalt keinerlei Luft für unvorhergesehene Ausgaben lässt. Die kleinste Unwegsamkeit macht aus Sicht der Verwaltung künftige Steuerhöhungen unverzichtbar.

Für mich versucht der Kämmerer in seiner Rede das Schlimmste zu verhindern. Die Erfahrung allerdings zeigt, dass er manchmal ohne Rückendeckung der Verwaltung und des Rates dasteht.

Für die Fraktion der ALLIANZ für Hilden besteht, auch nach Beratungen mit und Erläuterungen von Herrn Witek, dem ich an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich danken möchte, kein Zweifel an der handwerklichen Qualität der Haushaltsplanung. Wir maßen uns **nicht** an, die Arbeit der Verwaltung besser machen zu können. Wir sehen es auch - anders als andere Fraktionen - nicht als Aufgabe der Politik, einzelne Ersatzbeschaffungen von Investitionsgütern in Frage zu stellen. Deswegen haben wir bewusst keine Einzelanträge zu diesem Haushalt gestellt. Die vorrangige Aufgabe der Politik und somit unsere Aufgabe als Rat muss darin bestehen (Zitat aus dem Kommentar zur Gemeindeordnung NRW): „Wichtigste Aufgabe des Rates ist die Willensbildung für die Bürgerschaft. Er hat

aus der Vielzahl der Ansichten und Einstellungen der Bürger einen einheitlichen und beschlussfähigen Willen zu formen....“ Darauf werde ich später noch einmal zurückkommen.

Nun stehen wir heute vor einer schweren Aufgabe. Wir müssen über diesen Haushalt entscheiden. Zur Einstimmung darauf habe ich einmal im Wörterbuch Synonyme für den Begriff „Haushalt“ gesucht und bin u.a. auf folgende Hinweise gestoßen: sich einschränken, einteilen, rationieren, rechnen, sein Geld zusammenhalten, sparsam sein, wirtschaften..

Das uns vorgelegte Werk zeigt, dass diese Begriffe in der Vergangenheit all zu oft überlesen wurden. Es beschert uns auf Grundlage der politischen Versäumnisse der Vergangenheit ein Defizit allein im laufenden Jahr von über 8,4 Mio. EURO ! Dabei sind so unwegsame, noch nicht abzusehende, zusätzliche Mehraufwendungen, sogenannte „Pflichtaufgaben“ (um nur ein Beispiel zu nennen die Aufnahme von Flüchtlingen) noch nicht berücksichtigt.

Zur Klarstellung in unser aller Köpfen: Defizit heißt Schulden - Schulden, die wir und kommende Generationen begleichen müssen! – Ach ja, bis 2018 werden es nach der Planung der Verwaltung übrigens ca. 20 Mio. sein. Ein Schuldenabbau ist bis dahin überhaupt nicht in Sicht! Wie wir das den Bürgerinnen und Bürgern erklären wollen, weiß ich nicht!

Da sind z.B. die Investitionen aus dem integrierten Handlungskonzept für die Entwicklung unserer Stadt. Diese Vorhaben und die damit verbundenen Investitionen werden momentan fast täglich in der Presse öffentlichkeitswirksam den Bürgerinnen und Bürger an vielen Stellen in unserer Stadt in Aussicht gestellt - vom Bahnhof über den Stadtpark und den Fritz-Gressard-Platz bis in die Fußgängerzone. Nicht anders ist es mit den verständlichen Wünschen des Jugendparlamentes für das Holterhöfchen. Die Jugendlichen fragen sich inzwischen, wann es denn endlich losgeht.

Keiner macht den Bürgerinnen und Bürgern **genauso** öffentlichkeitswirksam klar, **dass das alles nur über Schulden geht.**

Viel lieber spricht die Verwaltung davon, dass sich die Ausgleichrücklage verringert und suggeriert damit, dass es sich um vorhandene Mittel handelt. Jedoch ist die im Haushaltsentwurf des Kämmerers enthaltene „Ausgleichsrücklage“ kein Eigenkapital – wie wir als Ratsmitglieder alle wissen!

Aus dem Haushaltsentwurf 2015 entnehmen wir Folgendes: Am Ende des Planungszeitraumes im Jahr 2018 wird die Ausgleichsrücklage der Stadt, die zum 31.12.2013 noch 40,5 Mio. € betrug, auf 4,5 Mio. € abgeschmolzen sein.

Auch die Stellungnahme der IHK zum Haushalt 2015 sieht dies Entwicklung als bedenklich an.

Nochmal zu unser aller Bewusstsein: Die Ausgleichsrücklage stellt mitnichten vorhandenes Eigenkapital dar. Es ist vielmehr eine gesetzlich zulässige „Dispo-Linie“. Diese Dispo-Linie soll in den kommenden vier Jahren zu 90% in Anspruch genommen werden! Unsere Kinder werden diesen Dispo zurückbezahlen müssen.

Wie gesagt, ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass uns die Versäumnisse der Vergangenheit einholen. So ist es in der Vergangenheit nicht gelungen, die Grundlage für stetig oder zumindest mit der wirtschaftlichen Entwicklung wachsendes Gewerbesteueraufkommen zu schaffen. Während andere Kommunen sich über die Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes und damit die Ansiedlung neuer Gewerbe mit dem Ergebnis von in Summe steigendem Gewerbesteuervolumen saniert haben, ist in Hilden nicht genügend geschehen. Das ist auch einem Zitat der Presse vom 09.03.15 zu entnehmen, wonach lt. Bilanz des Landesamtes Information und Technik NRW, **die Zahl der Gewerbeanmeldungen ist im Jahr 2014 in Haan gestiegen, während sie in Hilden gesunken ist.**

Selbst der Kämmerer plant für 2016 Steuererhöhungen ein, um die Haushaltslöcher zu stopfen. Was für eine Katastrophe! Weil die Zeichen der Zeit nicht rechtzeitig erkannt wurden, wird uns suggeriert, dass uns nur die Erhöhung der Gewerbesteuerhebesätze bleibt. Und dadurch, meine Damen und Herren, soll neues Gewerbe nach Hilden kommen? Welche Ideen hat die Wirtschaftsförderung bisher gehabt, um beispielsweise auch mit den in Hilden ansässigen Unternehmen gemeinsam Konzepte zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes Hilden zu erarbeiten? Wäre es nicht auch heute, wo eine unmittelbare Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes außer Frage steht, noch denkbar, mit diesen Unternehmen über gemeinsame Bemühungen um die Ansiedlung beispielsweise von Zulieferbetrieben zu sprechen? Wäre durch wachsendes Gewerbesteueraufkommen nicht eine mittelfristige Senkung des Hebesatzes vielleicht in Aussicht zu stellen?

Bemühungen in diese Richtung sind nicht erkennbar! So beruht die im Haushaltsentwurf geplante positive Entwicklung des Gewerbesteueraufkommens auf Statistiken und Annahmen! **In Hilden regiert das Prinzip Hoffnung!** Nachdem bereits der Planansatz für 2014 von 39 Mio. EURO mit 37,9 Mio. EURO deutlich verfehlt wurde, sieht die Glaskugel des Rathauses eine wundersame Steigerung auf 41 Mio. EURO in 2015, 42 Mio. EURO in 2016 und gar 45 Mio. EURO in 2017 vor. Wer Informationen sucht, wie das geschafft werden soll, findet im Haushalt nicht einen Vorschlag!

Nicht viel anders sieht es beim Gemeindeanteil der Einkommensteuer aus. Auf die Idee, dass die Verringerung der Anzahl der Einkommensteuerzahler unter den Hildener Bürge-

rinnen und Bürger in den vergangenen Jahren mit für die Mindererträge verantwortlich sein könnte, kommt man nicht. Was tut die Verwaltung, um einkommenssteuerstarke Einwohner an Hilden zu binden oder nach Hilden zu holen? Auch hier: FEHLANZEIGE!

Alarmiert durch die Tatsache, dass statistischen Erhebungen zufolge Familien mit Kindern Hilden verlassen, hat die „ALLIANZ für Hilden“ an die Stadt den Antrag gestellt, ein Konzept für familiengerechtes Wohnen zu entwickeln. Die Notwendigkeit hierfür sieht die Stadtverwaltung nicht -und verweist auf den Familienbericht in 2010, indem es heißt: „Eine gut ausgestattete und ausreichend große Wohnung, die gleichzeitig bezahlbar ist, gehört zur Grundvoraussetzung für ein zufriedenes Familienleben“. Die Wohnform, also ein Haus mit Garten, scheint dabei kein Gewicht zu haben. Das zeigt auch das Vermarktungskonzept des Grundstücks der ehemaligen „Albert-Schweitzer-Schule“. Über 120 Interessenten für ein Eigenheim, stehen Planungen für etwa 40 Reihenhäuser gegenüber. Was glauben Sie, wie viele der 80 so abgefertigten Familienmütter und Familienväter reagieren werden? Werden sie ihre Einkommenssteuer auch künftig noch in Hilden abführen? Das zeigt deutlich, dass es keinen tragfähigen Plan gibt, die Einkommenssituation der Stadt Hilden nachhaltig zu verbessern.

Wie sieht es nun mit der Ausgabenseite aus? Da wird, unabhängig von dem bisher Gesagten, munter alles ausgegeben, was irgendwann einmal beschlossen wurde unabhängig von der aktuellen finanziellen Situation.

Es ist unumgänglich, dass wir als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger beginnen, uns so zu verhalten wie wir es auch privat tun würden. Viele Dinge sind wünschenswert, viele Dinge hätten wir gerne! Aber kaufen wir uns alles, was wir uns wünschen, unabhängig davon, ob es unsere finanzielle Situation zulässt?

Es ist nun an der Zeit, auch bereits beschlossene Investitionen aufgrund der prekären Situation erneut auf den Prüfstand zu stellen. Noch einmal ein Zitat aus der Stellungnahme der IHK: „Somit wird die Stadt ihr Haushaltsproblem nachhaltig nur durch entsprechende Disziplin auf der Aufwandseite lösen können.“ Es stellt sich die Frage, welche Investitionen sind für die Werterhaltung und die Sicherung der Attraktivität unserer Stadt unverzichtbar?

Nimmt der Bürger „die neue Bank“, „das neue Pflaster“, „die schickere Laterne“ oder z.B. den Kunstrassenplatz wahr? Welche Mehreinnahmen erreichen wir über die weitere Verschönerung unserer Stadt? Wen erreichen wir überhaupt mit welchen Subventionen? Warum fördern wir Veranstaltungen mit öffentlichen Mitteln, die dann nur von einer Hand voll Bürgerinnen und Bürger besucht werden? Warum nutzen wir nicht das Instrument der Bürgerbeteiligung im Vorfeld der Planung von großen Projekten, von denen wir genau

wissen, dass sie den Rahmen der vorhandenen Mittel sprengen? Wissen wir als gewählte Repräsentanten, was das Integrierte Handlungskonzept für die Innenstadt **unseren Bürgern** „wert ist“? Für welche Leistungen oder Verbesserungen, die nicht durch vorhandene Gelder abgedeckt sind, ist der Bürger bereit zu zahlen? Weiß er überhaupt, **was** er alles bezahlt? Ist dem Bürger schon einmal bewusst gemacht worden, dass alle Vergünstigungen irgendwo „reingeholt“ werden müssen?

Meine Damen und Herren, ich zitiere erneut aus der RP vom 09.03.15 zum Thema „Schwerpunktschule Inklusion“: ...Eltern haben damit die wohnortnahe Wahl zwischen einer inklusiven und einer Förderschule – fast schon Luxus....“ Ich möchte das Wort „fast“ hier gerne streichen. Nein, wir leben in Hilden an vielen Stellen den Luxus, unabhängig davon, ob wir uns diesen noch in vollem Umfang leisten können und ob er von den Bürgerinnen und Bürgern in **diesem Maße** überhaupt **gewollt** ist.

Wie wäre es, wenn wir die Bürgerinnen und Bürger einmal fragen, ob sie bereit sind, den z.Zt. vorhandenen Fehlbetrag von 8,4 Mio. € zugunsten anstehender Verschönerungen unserer Stadt durch einen persönlichen Beitrag von 150 € pro Kopf (darauf kommt man, wenn man 8,4 Mio. durch 55.000 teilt) auszugleichen? Ich finde, eine charmante Idee!!

Eine solide und nachhaltige Finanzpolitik ist der ALLIANZ für Hilden auf allen politischen Ebenen ein Kernanliegen. Wir dürfen nicht auf Kosten der zukünftigen Generationen leben, auch wenn dies Einschnitte und Belastungen für die jetzige Generation mit sich bringt und damit auf so manches Sinnvolle oder Wünschenswerte verzichtet werden muss. Aus unserer heutigen Sicht müssen wir bei der Finanzplanung unbedingt Familie und Bildung vorrangig berücksichtigen.

Ich möchte zur Verdeutlichung die momentane Situation Hildens mit einem Beispiel der Literatur formulieren:

Als Damokles (gemeint hier: Der Bürger) das Schwert über seinem Kopf bemerkte (gemeint ist Verschuldung der Stadt zu Lasten folgender Generationen), war es ihm unmöglich, den dargebotenen Luxus zu genießen, und schließlich bat er darum, auf die Annehmlichkeiten (gemeint ist bspw. das „Integrierte Handlungskonzept für die Innenstadt Hildens“) verzichten zu dürfen.

Wir haben in der Vergangenheit vielen Projekten bereits zugestimmt und werden deswegen diesem Haushaltsentwurf für das Jahr 2015 auch zustimmen. Ich kündige allerdings heute schon an, dass wir dem Haushalt 2016 nur noch unter anderen Bedingungen zustimmen werden.

Diese Bedingungen kommen in einem Antrag zum Ausdruck, den wir in der heutigen Sitzung einbringen werden. Unter dem Stichwort „Generationengerechte Finanzen“ möchten wir die nachfolgende Generation davor bewahren, dass die städtische Substanz weiter aufgebraucht wird.

Ich bitte Sie alle, meine Damen und Herren ausdrücklich darum, sich für die Beratung dieses Antrags in Ihren Fraktionen Zeit zu nehmen und ihn zum Wohl unserer nachfolgenden Generation und zum Wohl unserer Stadt zu bedenken.

Zum Schluss herzlichen Dank an alle, die an der Erstellung dieses Haushaltes beteiligt waren und oft genug von uns auch kritisiert werden.

Ihnen allen, meine Damen und Herren, vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.